

Berlin, 2. September 2019

Offener Brief: Über acht Euro wird es nicht! Gemeinsam den Mietendeckel verteidigen!

Liebe Katrin Lompscher, Liebe Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus, Liebe Genoss*innen,

Der Mietendeckel ist ein starkes Instrument, um gegen den Mietenwahnsinn vorzugehen. Der ursprüngliche Entwurf hatte Strahlkraft in die ganze Republik und darüber hinaus. Es war ein Hoffnungsschimmer, der die Logik ständig steigender, teilweise absurder Wohnkosten in Berlin durchbrach und die Menschen in ihren Wohnverhältnissen ins Zentrum stellte, statt die Profite der Immobilienkonzerne.

Die schrillen Reaktionen eben dieser Lobby und der Parteien an ihrer Flanke zeigten, wie sehr der ursprüngliche Entwurf ihren Renditezielen im Weg gestanden hätten. Zudem traf das Papier eine Stimmung in der Stadt, die durch die Kampagne "Deutsche Wohnen und Co enteignen" und die große Mietenwahnsinndemo, Anfang April angefeuert war und bewiesen hat, dass tausende Menschen in dieser Stadt bereit waren und sind ihr Menschenrecht auf Wohnen auch auf der Straße zu verteidigen.

Wir verstehen, dass der Druck - nach dem Bekanntwerden des Entwurfs - extrem hoch war, von unterschiedlichen Seiten. Dennoch müssen wir zugeben, dass die Eckpunkte des Kompromiss-Entwurf der Koalition uns enorm enttäuscht haben und leider eine viel kleinere und aus unserer Sicht unzureichende Kampfansage an die Macht der großen Immobilienkonzerne darstellt. Wir denken, dass viele Mittel des ursprünglichen Referentenentwurfs dafür deutlich geeigneter waren, einige müssen sogar darüber hinaus gehen. Um nur einige zu nennen:

> Anstatt zur Bemessungsgrundlage des Deckels den Mietspiegel von 2011 heranzuziehen, sieht der neue Kompromiss den Mietspiegel von 2013 vor. Das Jahr 2011 stellte einen massiven Bruch von ausgewogenen Mietsteigerungen dar, spätestens ab diesem Zeitpunkt waren flächendeckende Mieterhöhungen nahezu im gesamten Stadtgebiet auf der Tagesordnung. In 2013 war die Situation bereits am eskalieren.

> Deswegen fordern wir eine Begrenzung auf 7,97 Euro pro Quadratmeter!

> Daneben brauchen wir auch einen Mietendeckel für Neubauten, also auch für Gebäude mit Baujahr 2014 und jünger. Menschen müssen aus unterschiedlichen Gründen umziehen, es braucht neuen Wohnraum und der Umzug in einen Neubau darf nicht bestraft werden.

> Das Haushaltseinkommen darf nicht die Bemessungsgrundlage für die Inanspruchnahme des Mietendeckels werden! Was sich erstmal sinnvoll anhört, ist bei genauerem Hinsehen das Gegenteil einer gerechten Grundlage:

1. Mieten unterhalb von 30 Prozent des Haushaltseinkommens dürfen nicht pauschal erlaubt werden. Denn auch diese können viel zu hoch sein. Bei Durchschnittsverdienern entspricht diese Grenze oft 1.200 Euro Nettokaltmiete und mehr. Die LINKE darf nicht vorschlagen, dass alle Berliner*innen hohe Mieten zahlen, solange sie es sich noch irgendwie leisten können. Vielmehr sollten wir für niedrigere Mieten für alle Menschen eintreten. Unsere Feinde sind milliardenschwere Konzerne wie Deutsche Wohnen, Vonovia und andere. Ihr Profite müssen wir angreifen und nicht die Einkommen von etwas besser verdienenden ArbeiterInnen und Angestellten. Wir dürfen keine Spaltung vorantreiben.

2. Die Mieter*innen dürfen nicht zusätzlich belastet werden durch die Pflicht zur Offenlegung ihrer Einkommensverhältnisse. Vor allem würde eine solche Nachweispflicht Menschen stigmatisieren,

die in großer Zahl vermutlich sowieso schon durch Hartz IV und andere Maßnahmen gegängelt werden. Statt einem Regulierungsmechanismus für die Konzerne zu entwickeln, liegt der Ball also wieder bei den Mieter*innen. Die wenigen Gutverdienenden, die von einem einkommensunabhängigem Mietendeckel profitieren würden, sind angesichts der großen Anzahl an Menschen mit geringem Einkommen, die profitieren würden, absolut vernachlässigbar.

3. Durch die Regelung Netto/kalt bezüglich der 30 %, wird es dutzende Schlupflöcher bei Betriebs- und Nebenkosten für versteckte Mieterhöhungen geben.

Was wollen wir also?:

Holt den ursprünglichen Entwurf aus dem Hinterzimmer, diskutiert ihn mit uns und lasst ihn uns gemeinsam mit den Miet-Aktivist*innen verteidigen! Wir wissen, dass es nicht einfach wird, dass mit den Koalitionspartner*innen und erst recht nicht gegen den Filz aus CDU, FDP und Immobilienlobby zu erkämpfen. Aber: ihr hättet dann nicht nur uns auf eurer Seite, sondern eine Mietenbewegung die stark und vital wie lange nicht dasteht und einen beachtlichen Teil der Stadtgesellschaft, die für eine solche Position gewinnbar wäre, wenn wir nur bereit sind, den Kampf anzunehmen. Wir haben als Landesverband zurecht im letzten Wahlkampf ganz offensiv gefragt: "Wem gehört die Stadt?". Noch offensiver muss die Antwort ausfallen, nämlich denen, die hier ein lebenswertes und bezahlbares Leben führen wollen. Holt den ursprünglichen Entwurf wieder aus der Schublade und lasst uns gemeinsam für ihn kämpfen!

Mit solidarischen Grüßen,